

Resolution zu den Kinderschutztagen 2018

Der DKSB positioniert sich gegen Rechtspopulismus. Fachlich fundierter und zivilgesellschaftlich verankerter Kinderschutz ist mit rechtspopulistischen Ideologien unvereinbar!

Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) setzt sich für die Anerkennung und Umsetzung individueller Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. Der Verband macht sich für gute Strukturen, für Qualität und Teilhabe im Kinderschutz, für Bildung, Betreuung, Erziehung und Beratung aller Heranwachsenden unabhängig von ihrer Herkunft stark. Pädagogik und Kinderschutz sind auf fachliche Kompetenz, demokratische Überzeugung, sozial- und bildungspolitische Weitsicht, transparente Verfahren und auf Partizipation angewiesen. Gerade der Kinderschutz benötigt ein Bewusstsein für zivilgesellschaftliche Errungenschaften wie das Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung. Als Verband haben wir eine gesellschaftliche Verantwortung angesichts unserer nationalsozialistischen Vergangenheit.

Angesichts rechtspopulistischer Positionen in Deutschland ist auch unser Verband zur Positionierung aufgefordert und verpflichtet. Zudem wissen wir, dass aktuell rechtspopulistische Organisationen versuchen, im Deutschen Kinderschutzbund Fuß zu fassen. So haben diese Organisationen z.B. Mitglieder und Sympathisant*innen aufgefordert, sich im DKSB als Vormünder für unbegleitete minderjährige Geflüchtete zu bewerben und ausbilden zu lassen, um in der Arbeit mit den jungen Menschen ihr Wertebild zu propagieren.

Diese Resolution basiert auf der Überzeugung, dass rechtspopulistische Positionen unsere Demokratie gefährden, keine Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit bereithalten sowie Ungerechtigkeit und Spaltung in unserem Land weiter verschärfen werden. Als Kinderrechte- und Kinderschutzorganisation wollen und können wir nicht schweigen, wenn pädagogische Themen wie Erziehung in einem Einwanderungsland, Pädagogik der Vielfalt, Anerkennung von Familien jenseits heterosexueller Paare, aber auch Geschlechtergerechtigkeit und Migration rechtspopulistisch angegriffen werden.

Rechtspopulismus wirkt sich auf unsere Arbeit unmittelbar aus:

Nicht erst heute beobachten wir eine Verrohung der Sprache gegenüber Kindern und Jugendlichen. In unserer Gesellschaft im Ganzen, in der Nachbarschaft, in pädagogischen Einrichtungen erfahren Kinder und Heranwachsende Diskriminierung, Entwertung, Einschüchterung und Gewalt, weil sie einer Minderheit angehören, weil sie Schwarze Kinder und Jugendliche sind, weil ihr Aufenthaltsstatus nicht gesichert ist oder weil sie arm sind.

Beim Rechtspopulismus handelt es sich um eine Politikvorstellung, die zwischen einem homogenen „Wir“ und einem als fremd und nicht zugehörig definierten „Ihr“ unterscheidet. Dabei geht es um die Abwertung der „anderen“ und um die Forderung, ihnen fundamentale Rechte vorzuenthalten. Im rechtspopulistischen Verständnis gehören somit Kinder muslimischen Glaubens, homosexuelle Jugendliche, eine sechzehnjährige

feministische Bloggerin oder geflüchtete Kinder und Jugendliche nicht zu „uns“. Sie sollen ohne Rechte und Schutz bleiben.

Widerspruch wird als Stimme „korrupter Eliten“, „liberaler 68iger“ oder naiver „Gutmenschen“ diffamiert. Dem gegenüber beanspruchen Vertreter*innen rechts-populistischer Positionen für sich im Besitz der „Wahrheit“ zu sein. Theoretischen Ansätzen, die die Komplexität gesellschaftlichen Handelns reflektieren oder pädagogischen Konzepten wie eine traumasensible Arbeit mit geflüchteten Kindern in der Kita wird ihre Berechtigung abgesprochen.

Als DKSB kommen wir daher zu dem begründeten Urteil, dass fachliches Handeln in Kinderschutz und Pädagogik sowie rechtspopulistische Alleinvertretungsansprüche einander ausschließen. Ein Beispiel: In rechtspopulistischen Kreisen wird massiv und pauschal gegen so genannte Genderthemen polemisiert. Standards zum Schutz von Mädchen vor Gewalt sind auch aus der Geschlechterforschung heraus entwickelt worden. Wie soll eine fachliche Verständigung über Mädchenarbeit, über Traumapädagogik, über Frühe Hilfen für Familien, über Trennungsfamilien angesichts der ideologischen Einseitigkeit erfolgen?

Die Weiterentwicklung des Kinderschutzes und die Begründung und Umsetzung von Kinderrechten ist auf fachliche Verständigung angewiesen. Die Diskussionen auf der Mitgliederversammlung des DKSB belegen dies alljährlich neu.

2017 hat die Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit und nach einer lebhaften Diskussion den Unvereinbarkeitsbeschluss verabschiedet: Eine Mitgliedschaft in oder die Unterstützung von Parteien und Verbänden, die offen oder versteckt rassistische, diskriminierende, antisemitische und ausländerfeindliche Ziele verfolgen oder sich in diesem Sinne äußern sowie Hass und Gleichgültigkeit gegenüber Benachteiligten und Minderheiten schüren und/oder sexuelle oder körperliche sowie psychische Gewalt gegen Kinder in jedweder Form billigen oder diese zu fördern versuchen, sind mit einer Tätigkeit im DKSB unvereinbar.

Hieran schließen wir 2018 an und adressieren mit der Kritik Verantwortliche in der AfD, in rechtspopulistischen sozialen Netzwerken und Intellektuelle, sympathisierende Journalist*innen, Autor*innen, Fachkolleg*innen.

Wir hoffen, die Bürger*innen, die in oder von einer Partei am rechten Rand eine Lösung ihrer Probleme erwarten, von der Bedeutung von Kinderrechten und Kinderschutz für alle Heranwachsenden zu überzeugen. Mit ihnen müssen wir überall dort, wo wir aktiv sind, in den Orts- und Kreisverbänden, den Landesverbänden, auf Bundesebene, in den Kitas und Horten, den Kinderschutz-Zentren und Beratungsstellen, ins Gespräch kommen.

Dies gilt im Besonderen für Kinder und Jugendliche, die selbst im Kontext rechter Ideologien heranwachsen, sind im DKSB willkommen. Sie gehören in unsere Einrichtungen und haben Anspruch auf Unterstützung, Beratung, Bildung, Spaß und Anerkennung wie alle anderen auch.

Die Mitgliederversammlung des DKSB setzt ein Zeichen gegen

- **jede Form der sozialen Spaltung, die von rechtspopulistischen Akteur*innen ausgeht. Sie zielen auf die besonders verletzlichen Kinder und Jugendlichen. Verletzlich, weil sie geflohen sind, verletzlich, weil sie traumatisiert sind, verletzlich, weil sie behindert sind, verletzlich, weil ihr homosexuelles Begehren angefeindet wird, verletzlich, weil sie in Armut leben, verletzlich, weil sie politische Bildungsarbeit machen, verletzlich, weil ihre Muttersprache nicht Deutsch ist, verletzlich, weil sie sich dem rechtspopulistischen Druck widersetzen.**
- **die Aufkündigung von gesellschaftlicher Solidarität. Die rechtspopulistische Rhetorik zielt auf Spaltung der Gesellschaft. Sozialpolitische Herausforderungen unserer Zeit werden auf diesem Wege keiner Lösung zugeführt.**
- **eine Verrohung der Sprache und gegen den Bruch historischer Tabus, deren Missachtung gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zur Folge haben kann.**
- **die Vorstellung, unsere pluralistische und vielseitige Gesellschaft in eine homogene umwandeln zu können.**

Fachlich fundierter und zivilgesellschaftlich verankerter Kinderschutz sowie der Einsatz für Kinderrechte sind mit einer rechtspopulistischen Ideologie nicht vereinbar!